

Mehrere Berufsbildende Schulen in der Region Hannover sollen aufgelöst bzw. zusammengelegt werden

## Schulmonopoly in der Region Hannover

Die Schulverwaltung der Region Hannover spielt wieder Monopoly. Ein Jahr nach der tief greifenden Umstrukturierung der Berufsbildenden Schulen der Region Hannover sagt die Schulverwaltung eben dieser Region Hannover den KollegInnen der verbliebenen 16 Berufsbildenden Schulen, dass Stillstand Rückschritt ist und die Lehrkräfte und Schüler sich nun wieder auf den Weg zu einer weiteren Stufe der Reform begeben müssen.

**D**amals, vor gut einem Schuljahr, wurden trotz steigender Schülerzahlen drei Berufsbildende Schulen aufgelöst und die KollegInnen und die SchülerInnen den verbleibenden BBS'sen angegliedert. Dieses Mal sind es wieder drei Schulen, die aufgelöst bzw. zusammengeschlossen werden sollen. Die BBS Wirtschaftsschule Herrenhausen, mit ihrem klaren Schulprofil „Banken und Versicherungen“, soll aufgelöst werden und die BBS 6 und die BBS Burgdorf sollen zusammengelegt werden. Letztere heißen dann „BBS für Mobilitätswirtschaft“. Dies hat wohl damit zu tun, dass diese Schule auf vier Standorte in drei Städten verteilt sein wird, also von den dann rund 4800 SchülerInnen und den LehrerInnen ein hohes Maß an Mobilität erfordert.

### Elf Berufsbildende Schulen betroffen

Insgesamt werden 62 Berufsgruppen bzw. Schulformen an elf Berufsbildenden Schulen aufgelöst und verlagert. Ziel soll eine deutlichere Branchenorientierung und eine bessere Ausnutzung der Raumkapazitäten sein. Wohl um die Krisen bestimmter Wirtschafts-Branchen auch an den dann besonders betroffenen branchenorientierten Schulen spürbar werden zu lassen. Dies ist dann betriebsnaher Unterricht.

Nebenbei wurde eine jährliche Einsparung von 1,3 Millionen Euro errechnet, so dass aus

Sicht der Verwaltung hoffentlich niemand ernsthaft gegen das Konzept stimmen wird. Von diesen Einsparungen sind allerdings 1,2 Millionen Euro auf die Auflösung zweier Nebenstellen zurückzuführen. Inzwischen hat die Verwaltung eingesehen, dass die eine Nebenstelle wegen mangelnder Raumalternativen nicht kurzfristig aufgelöst werden kann. So ergibt der Großteil der Umstrukturierungen kaum finanzielle Vorteile.

Kosten scheinen durch die Verlagerungen nicht zu entstehen; jedenfalls werden keine aufgeführt und ein im Schulausschuss der Region eingeforderter Finanzplan wurde bisher nicht vorgelegt.

Interessant ist auch, dass dieses Mal angeblich niemand vor der Presseveröffentlichung von den Plänen gewusst hat, nicht die 16 Schulleiter, nicht die Bezirksregierung, nicht die politischen Parteien, nicht die Kammern, nicht die Betriebe und – da bin ich mir allerdings sicher – auch nicht die betroffenen KollegInnen und deren gewählte Personalvertretungen. Eine einsame Kopfgeburt der Schulverwaltung ohne die Beteiligung von lästigen „Bedenkenträgern“!

Selbstverständlich war der Widerstand aller Beteiligten groß. Kammern, Arbeitgeberverbände, Schüler- und Elternvertreter, fast alle beteiligten Schulleiter und vor allem GEW, DGB, IGM, ver.di lehnten dieses Konzept rundweg ab. Dies kam in diversen Demonstrationen, Stellungnahmen, Resolutionen und einer Anhörung des Schulausschusses der Region Hannover deutlich zum Ausdruck. Nur die Mehrheitsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Grüne hielten, wenn auch nicht mit Überzeugung so doch mit Nibelungentreue, an dem Verwaltungskonzept fest.

Am 27. Mai hatte der Schulausschuss nun endgültig über diese von der Verwaltung beantragten

Maßnahmen zu beschließen und das Ergebnis war eindeutig: Dank der zugewählten Vertreter von Eltern, SchülerInnen, Arbeitnehmern, Arbeitgebern und LehrerInnen wurden gegen die Stimmen der Mehrheitsparteien SPD/Bündnis 90 Grüne mit 11:7 Stimmen ein Antrag des DGB-Arbeitnehmervertreters angenommen, der die Zurückweisung des Verwaltungsantrages und eine mit allen Beteiligten abgesprochene Neuplanung der BBS'sen in der Region fordert.

Erste Reaktionen in der Presse zeigen das Demokratieverständnis der Mehrheitsfraktionen im Regionsparlament: trotz der einhelligen Ablehnung aller Beteiligten, trotz des Votums des Schulausschusses soll das Verwaltungskonzept im Parlament verabschiedet werden. Bleibt zu hoffen, dass einige der Abgeordneten vielleicht doch ihrem Gewissen und nicht der Fraktionsdisziplin folgen werden.

### Selbstständige Schulen nach Gutsherrenart

Pikant ist dabei die Tatsache, dass zeitgleich die Region in Zusammenarbeit mit dem MK eine größere Selbstständigkeit der BB'sen in Analogie zum Modellversuch ProReKo eingeführt hat. Hierzu wurde feierlich eine Rahmenvereinbarung mit dem Kultusministerium unterzeichnet, die den 16 BBS'sen die volle Personalhoheit überträgt. Die Schulen sind nun nach dem Willen von MK, Bezirksregierung und Schulträger allein für Einstellungen, Abordnungen und Versetzungen zuständig. Sie bekommen ein Budget aus Mitteln des Landes und der Region, verpflichten sich zur forcierten Einführung eines Qualitätsmanagements und dürfen in diesem Rahmen alles selbstständig entscheiden. Die Zuständigkeit für Funktionsstellen unterhalb von A 15 wird folgen.

Kommentar der Bezirksregierung auf Nachfrage: „Die Schulen wollen dies.“ Jedoch, weder die Gesamtkonferenzen noch die Personalräte wurden hierbei beteiligt. Soweit zum Verständnis des Begriffs „die Schule“.

Was im Modellversuch ProReKo (Projekt Regionale Kompetenzzentren) von 19 Berufsbildenden Schulen landesweit mit hohem Unterstützungsaufwand über fünf Jahre ausprobiert werden soll, wird hier schon jetzt auf die BBS'sen der Region übertragen. Immerhin dürfen die Berufsbildenden Schulen der Region noch ihre Gesamtkonferenz behalten. Die ProReKo-Schulen haben sie schon abgeschafft und sind nun „total fraktal“ organisiert.

Wie man sieht, ist die Selbstständigkeit von Schulen nur dann gewünscht, wenn dadurch Kosten eingespart werden können. Wenn die Gefahr besteht, dass die Schulen eigene Ideen über ihre Struktur entwickeln könnten, werden sie übergangen. Selbst die zwei ProReKo-Schulen in der Region Hannover sind bei den Planungen der neuen Schulstruktur nicht ausgespart worden. Auch hier sind Verschiebungen ganzer Berufsfelder geplant und das, obwohl die KollegInnen seit Monaten mit hohem Arbeitsaufwand im Rahmen des Modellversuchs ihre Schulzukunft planen.

Soweit zu Theorie und Wirklichkeit der Selbstständigkeit von Schulen.

ANDREAS STREUBEL



Widerstand gegen die Auflösung bzw. Verlegung von elf Berufsbildenden Schulen in der Region Hannover. Im Schulausschuss kam die erforderliche Mehrheit für den Vorschlag der Verwaltung nicht zustande.